

Eigenerklärung zur Eignung

Angaben zum Vergabeverfahren

Auftraggeber	Kommunaler Versorgungsverband Sachsen
Leistung	Beschaffung von Microsoft Lizenzen im Rahmen des „Select Plus“-Rahmenvertrages
Verfahrensart	Öffentliche Vergabe nach VOL/A
Einreichungstermin der Eigenerklärung zur Eignung	06.06.2025, 12:00 Uhr
Einreichung der Eigenerklärung zur Eignung	Einreichung über die Vergabepattform eVergabe.de

Angaben zum Wirtschaftsteilnehmer

Name des Bewerbers	
Gesellschaftsform (zutreffendes ankreuzen)	Gewerbetreibender ☐ Freiberufler ☐
Postanschrift Straße / PLZ / Ort	
Tel.	
E-Mail	
USt.-ID-Nr. (falls vorhanden)	
HR-Nr. (falls vorhanden)	
Internetadresse (falls vorhanden)	

Angaben bei Weitergabe von Leistungen an Nachunternehmer

Wird die Weitergabe von (Teil-) Leistungen an einen oder mehrere Nachunternehmer beabsichtigt?	☐ ja	☐ nein
Falls ja, erkläre(n) ich / wir, dass folgende (Teil-) Leistungen an einen oder mehrere Nachunternehmer vergeben werden sollen:		
Art und Umfang der Nachunternehmerleistungen	Name, Anschrift der / des Nachunternehmers	

Hinweis: Die Weitergabe von Leistungen an Nachunternehmer ist grundsätzlich nur bis zu einer Höhe von 50 Prozent des Auftragswertes und nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

Eignungskriterien

Zertifikat Präqualifizierungsstelle

☐ vorhanden, Zertifikatsnummer:

Zugangscode:

Gewerbeanmeldung / Gewerbeummeldung (soweit erforderlich)

Ich / Wir erkläre(n), dass eine ordnungsgemäße Gewerbeanmeldung bzw. Gewerbeummeldung vorliegt.

Berufsgenossenschaft (soweit erforderlich)

Ich bin / Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft / Unfallkasse.

Unter der Nummer:

Handelsregister (soweit erforderlich)

☐ Ich bin / Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet,

☐ Ich bin / Wir sind eingetragen im Handelsregister

Unter der Nummer:

Beim Amtsgericht in:

Handwerk / Industrie- und Handelskammer (soweit erforderlich)

Ich bin / Wir sind eingetragen mit:

☐ Handwerk, eingetragenes Gewerbe:

☐ Industrie, angemeldeter Unternehmensgegenstand:

☐ Handel

☐ Versorgungsunternehmen

☐ Sonstiges

Ausschlussgründe

Es liegt keine schwere Verfehlung vor, die meine / unsere Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt, z. B.

- wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB),
- wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a StPO),
- wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO),
- rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten 2 Jahre gegen Mitarbeiter des Unternehmens bezüglich
 - > Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB),
 - > Terrorismusfinanzierung (§§ 89a und 89c StGB),
 - > Geldwäsche (§ 261 StGB),
 - > Betrug (§ 263 StGB),
 - > Subventionsbetrug (§ 264 StGB),
 - > Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§299 StGB),
 - > Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB),
 - > Vorteilsgewährung (§ 333 StGB) / Bestechung (§334 StGB) in Verbindung mit ausländischen / Internationalen Bediensteten (§ 335a StGB),
 - > Bestechung ausländischer Abgeordneter (Artikel 2 § 2 IntBestG)
 - > Menschenhandel (§§ 232 und 233 StGB) / Förderung des Menschend Handels (233a StGB).

Und es trifft nicht zu, dass

- > das Unternehmen gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- > es zahlungsunfähig ist,
- > es nachweislich im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat,
- > bei der Durchführung des Vergabeverfahrens mit dem Unternehmen ein Interessenkonflikt besteht,
- > Wettbewerbsverzerrung durch die Beteiligung des Unternehmens besteht,
- > wesentliche Anforderungen durch das Unternehmen in einem früheren öffentlichen Auftrag erheblich / fortdauernd mangelhaft erfüllt wurden,
- > es in Bezug auf Ausschlussgründe / Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen / Auskünfte zurückgehalten hat,
- > es versucht hat, den öffentlichen AG in unzuverlässiger Weise bei Entscheidungen zu beeinflussen, unzulässige Vorteile durch vertrauliche Informationen zu erlangen, fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen zu übermitteln, die den öffentlichen AG bei seiner Vergabeentscheidung beeinflussen könnten.

Ich / Wir erkläre(n)weiter, dass ich / wir in den letzten 2 Jahren nicht

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 i. V. m. § 8 Abs. 1 Nr. 2; §§ 9 – 11 des Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetzes,
- § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des Dritten Sozialgesetzbuches,
- §§ 15, 15a, 16 Abs. 1 Nr. 1, 1b oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes,
- § 266a Abs. 1 – 4 des Strafgesetzbuches

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin / sind

oder

- gem. § 21 Abs. 1 i. V. m. § 23 des Arbeitnehmerentsendungsgesetzes mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt worden bin / sind.

Angaben zu Insolvenz und Liquidation		
	ja	nein
Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren wurde beantragt?	☐	☐
Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren wurde eröffnet?	☐	☐
Ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren wurde mangels Masse abgelehnt?	☐	☐
Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt?	☐	☐
Falls ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, werde ich / werden wir diesen auf gesondertes Verlangen vorlegen.		
Mein / Unser Unternehmen befindet sich in Liquidation.	☐	☐

Eigenerklärung zur Zahlung von Steuern und Abgaben

Ich / Wir erkläre(n), dass ich / wir meine / unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und zur Sozialkasse, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe(n).

Abschlussklärung

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Nachweise / Unterlagen zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die von mir/uns mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können.

Der Bewerber erklärt, dass die von ihm angegebenen Informationen und Daten genau und korrekt sind und er sich der Konsequenzen einer schwerwiegenden Täuschung bewusst ist.

Ich versichere / Wir versichern, dass ich / wir für die ausgeschriebene Leistung geeignet bin / sind.

Ort, Datum

Unterschrift